

Der Ökonomist.

Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Von Dr. Heinrich Friedl.

Wien, 8. Januar.

Die Frage des Ueberganges von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft steht im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Es ist dies begreiflich. Der Krieg konnte uns unvorbereitet treffen. Man hat zwar an ihn gedacht, aber im tiefsten Innern doch gehofft, daß es nicht dazu kommen werde. Keinesfalls hatte man geglaubt, daß er territorial und zeitlich so kolossale Dimensionen annehmen werde — selbst Lord Grey nicht, als er zu Beginn des Krieges seine bekannte Voraussage über die Dauer des Krieges machte.

Vom Frieden dürfen wir aber nicht überrascht werden. Es ist ein „dies certus an, incertus quando“. Wir wissen, daß der Frieden kommen muß, wir wissen aber nicht, wann er kommen wird, und wir wollen nicht, wenn dieses freudige Ereignis vielleicht früher, als wir erwarten, eintritt, in Verlegenheiten geraten, weil wir nicht entsprechend vorbereitet sind. Man hört nun fast allgemein die Ansicht aussprechen, daß beim Uebergang zur Friedenswirtschaft die während des Krieges ausgeübte Einflugsnahme des Staates auf das Wirtschaftsleben noch durch längere Zeit aufrechterhalten werden müsse. Der Krieg bedeute einen so tiefen Eingriff, daß es nicht angehe, nach dem Kriege an das Wirtschaftsleben vor dem Kriege einfach anzuknüpfen. Es sei daher nötig, auch nach Friedensschluß insoweit mit den verschiedenen wirtschaftlichen Zentralen, mit Ein- und Ausfuhrverboten, mit Rationierungen der Produktion und des Konsums und — was zwar nicht ausgesprochen wird, aber eine Konsequenz ist — mit Höchstpreisen weiter zu arbeiten, bis normale Wirtschaftsverhältnisse eintreten.

Ich bin anderer Ansicht.

Zugegeben: Zwischen der Wirtschaft vor und nach dem Kriege besteht ein kolossaler Unterschied und man kann nicht einfach dort fortsetzen, wo man vor dem Kriege aufgehört hat. Noch größer ist aber der Unterschied zwischen der Wirtschaft während des Krieges und nach dem Kriege und es wäre daher ein noch größerer Fehler, nach dem Friedensschlusse die Kriegswirtschaft einfach fortzusetzen, denn auf diesem Wege würde man überhaupt nie zu normalen Wirtschaftsverhältnissen gelangen.

Um was handelt es sich eigentlich? Es ist nur eine Aufgabe zu bewältigen: die Befriedigung unserer Bedürfnisse sicherzustellen, wobei ich zu den Bedürfnissen auch jene des Staates und der übrigen Gemeinwesen, deren Teil wir sind, rechne.

Und die Wiederherstellung der Valuta? Sie ist nicht Selbstzweck, sondern nur eines der Mittel zum Zwecke der Befriedigung unserer Bedürfnisse, und wenn wir ohne Herstellung der Valuta unsere Bedürfnisse auf die Dauer ebenjogut befriedigen könnten, wie nach Ordnung unserer Währungsverhältnisse, so brauchte man sich mit der Valutafrage gar nicht zu beschäftigen. Da dies aber leider nicht der Fall ist, wird die Wiederherstellung der Valuta eine unserer wichtigsten Aufgaben und zugleich größten Sorgen bilden. Dies darf aber nicht dazu führen, daß man in der Valutafrage den Fetisch sieht, dem man alles opfern kann und muß, daß man vergißt, daß eine geordnete Valuta eine blühende Volkswirtschaft noch viel mehr zur Voraussetzung als zur Folge hat.

Das Valutaproblem zerfällt in zwei Teile: die Ordnung des Geldwesens im Innern durch Wiederherstellung des entsprechenden Verhältnisses zwischen Notenumlauf und Bedeckung, und die Wiederherstellung des der Relation entsprechenden Wertes unserer Währung im Verhältnisse zu den fremden Währungen. Der erste Teil dieser Aufgaben, die Ordnung des Geldwesens im Innern, wird bei dem heutigen Stande der Finanztechnik keine besonderen Schwierigkeiten bereiten. Weit schwieriger ist der zweite Teil, den man auch meistens im Auge hat, wenn von der Valutafrage die Rede ist. Die Bewertung unserer Zahlungsmittel im Auslande hängt von Angebot und Nachfrage ab. Wir haben in den letzten Jahren vor dem Kriege mehr importiert als exportiert, wir haben während des Krieges viel importiert und fast gar nichts exportiert, unsere Verschuldung an das Ausland ist dadurch gewachsen. Dazu kommt, daß wir nach Friedensschluß das dringende Bedürfnis nach dem Import einer Menge wichtiger Waren haben werden, welche wir teils als Konsumartikel, teils als Rohstoffe für die Produktion nicht entbehren wollen, dagegen infolge der während des Krieges auf den notwendigsten Eigenbedarf eingeschränkten Produktion keine oder doch nur wenig Waren für den Export disponibel haben werden. Dies führt nun dazu, daß man in jedem Import eine wirtschaftliche Gefahr sieht. Dieser Gedanke ist das Hauptmotiv für die Forderung nach möglichst weitgehender Autarkie. Was für Verwirrung aber dieses Bestreben, den Import unter allen Umständen zu hindern, selbst in den klarsten Köpfen hervorrufen kann, geht aus der Bemerkung hervor, welche Generaldirektor Günther in einem sonst ausgezeichneten Artikel in der „Neuen Freien Presse“ macht, man könne die Dynamomaschinen mit Aluminium, das wir im Inlande erzeugen, statt mit Kupfer, das wir aus dem Auslande beziehen müssen, wickeln, denn es werde keine Rolle spielen, wenn die Maschinen dadurch teurer werden und einen um 3 bis 4 Prozent geringeren Nutzeffekt aufweisen. Mit Verlaub: Gerade darauf kommt es an. Soll unsere Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig sein — und nur unter dieser Voraussetzung ist der zur Herstellung unserer Valuta erforderliche Export möglich — so muß sie die besten, am ökonomischsten arbeitenden Maschinen anschaffen und nicht minderwertige, die überdies noch teurer sind als die guten und daher die Erzeugung durch übermäßig hohe Kosten für Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals belasten.

Herr Generaldirektor Günther hätte vielleicht — aber auch nur vielleicht — recht, wenn es sich um die Alternative handeln würde, ob wir Aluminium erzeugen und kein Kupfer importieren, oder Kupfer importieren und kein Aluminium erzeugen sollen. So steht die Frage aber nicht. Wir sollen vielmehr das eine tun und das andere nicht